

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa.
Genuss Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1330
Circulanz Riesa Nr. 22

Nr. 189.

Dienstag, 15. August 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 41.— Mark ohne Frangierlohn. Einzelnummer 2,50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 6.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachwehungs- und Vermittlungsgebühr 2.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Londoner Konferenz gescheitert.

Reuter meldet vom Montag nachmittag aus London: Die Konferenz ist an der Reparationsfrage gescheitert. Die Konferenz verhandelt jetzt über die Lage Oesterreichs.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet hierzu: In der Vormittags Sitzung der alliierten Bevollmächtigten am Montag schlug Poincaré vor, die Entscheidung über den deutschen Moratoriumsbescheid auf Grund der am Sonntag von dem Vertreter der Ag. Havas mitgeteilten Bedingungen zu versagen. Da ein Ausgleich bezüglich der verschiedenen Vorschläge, die von den Alliierten geprüft wurden, gegenwärtig nicht augenscheinlich sei, wäre die beste Lösung für die Beibehaltung der Entente und für die regelrechte Ausführung des Friedensvertrages sowie die allgemeine Regelung der Reparationen und Schulden die folgende:

Jedes weitere Moratorium wird Deutschland für die nächsten drei Monate verweigert. Es soll jedoch nicht beschlossen werden vor dem Novembertermin. Die Zahlung der am 15. August fälligen Rate soll auf den 31. August mit Rücksicht auf die durch die Konferenz verursachte Verzögerung in der Entscheidung der Reparationskommission verschoben werden. Wohlwollenden würde im Falle der Nichtzahlung einer Rate in den Monaten August, September oder Oktober ein Verstoß durch den Wiedergutmachungsansatz festgesetzt werden. Die Alliierten sollen von heute ab verschiedene Kontrollmaßnahmen in Anwendung bringen, über die ein Einvernehmen erzielt wurde. (Artikel 1 bis 6 des Sachverständigenberichts. Diese Artikel 1 bis 6 beziehen sich auf die Maßnahmen, welche die deutsche Regierung treffen soll, um eine Gesundung der deutschen Finanzen herbeizuführen, und darauf, dem Garantieansatz unter dem Vorbehalt späterer Rückgabe die Kollektoren und den Ertrag der 2 Prozentigen Ausfuhrabgabe zu überweisen.) Es solle beschlossen werden, daß eine weitere Zusammenkunft der Alliierten Mitte November stattfinden, wo die Frage der Reparationen in ihrer Gesamtheit zu prüfen, d. h. einerseits die Vorbereitung einer Anleihe, deren Kontrolle ausschließlich dazu bestimmt sein soll, die Durchführung der Anleihe zu erleichtern, ferner die Regelung der alliierten Schulden. Lord George lehnte diesen Vorschlag ab. Er schlug den Alliierten vor, sofort ein Moratorium für drei Monate zu bewilligen. Poincaré erklärte jedoch ausdrücklich, daß er dem nicht zustimmen werde, wenn er nicht als Ausgleich für diese neuen Angelegenheiten neue Pfänder erhalte, nämlich die Kontrolle über die Staatsbergwerke und Wärfen. Ein Einvernehmen konnte über diesen letzteren Vorschlag nicht erzielt werden. Das veranlaßte die Ministerpräsidenten, sich zu trennen, ohne eine gemeinsame Entscheidung über den deutschen Moratoriumsbescheid treffen zu können.

Wie es in einer weiteren Meldung aus London heißt, verlor Schanzer, bevor die Konferenz zusammenbrach, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Lord George zu überbrücken. Sein Vorschlag, die Konferenz um sechs bis acht Wochen zu verschieben, wurde von den britischen Vertretern angenommen, aber die Franzosen machten zur Bedingung, daß Deutschland die während dieses Zeitraums fällig werdenden Reparationsraten zahlen solle. Schanzer und Lord George waren anderer Ansicht, willigten aber ein, daß die Reparationskommission darüber entscheiden solle, was Deutschland während dieses Zeitraums bezahlen solle. Die Franzosen waren damit nicht einverstanden, worauf die Verhandlungen ihr Ende fanden. Reuter betont, daß, trotzdem kein Einverständnis erzielt sei, die Beziehungen der Alliierten sich nicht verschlechtert hätten, wie sich daraus ergebe, daß nach Abbruch der Konferenz Poincaré die österreichische Frage mit den übrigen Alliierten besprach.

Wie wird die Reparationskommission sich verhalten?

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas drückt sich hinsichtlich aus London, am Mittwoch vormittag werde in Paris der französische Ministerrat zusammentreten, um die durch das negative Ergebnis der Londoner Beratungen gewonnene Lage zu prüfen. Da die alliierten Regierungen zu keiner Verständigung über die ihren Vertretern in der Reparationskommission bezüglich der Beratung des deutschen Moratoriumsbescheides zu erteilenden Anweisungen gelangt seien, werde Poincaré dem französischen Vertreter Dubois erneut die Weisung erteilen, sich gegen die Gewährung eines Moratoriums auszusprechen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die belgische Regierung ihren Vertretern ähnliche Weisungen erteile. Unter diesen Umständen würden, wenn die englischen und italienischen Delegierten weiter für das Moratorium eintreten, die Stimmen in der Kommission zu gleichen Teilen gespalten sein. Es werde bei dieser Spaltung darauf hingewiesen, daß sich, seitdem der amerikanische Vertreter den Arbeiten der Kommission nicht mehr offiziell beteiigt, der Brauch eingeführt habe, die Stimme des Vorsitzenden als ausschlaggebend zu betrachten. Dies würde zur Folge haben, daß die Stimme Dubois', der gleichzeitig französischer Vertreter und Vorsitzender der Kommission sei, einen Beschluß zugunsten der Aufrechterhaltung der durch die frühere Entscheidung vom 13. März d. J. bestimmten deutschen Zahlungsverpflichtungen herbeiführen würde. Wenn dagegen Deutschland das Moratorium ohne Zustimmung der französischen Regierung gewährt würde, hätte die französische Regierung die von ihr für notwendig erachteten Maßnahmen über bereits im Auge gefaßt. Poincaré ist in diesem Punkte durch seinen Beschluß

Die Antwort der Reparationskommission.

Paris, 14. August. Der Kriegsstatenkommission in Paris wurde heute mittag von der Reparationskommission folgende Note übergeben:

Entgegen der in ihrem Schreiben vom 13. Juli d. J. ausgesprochenen Erwartung sieht sich die Kommission nicht in der Lage, Ihnen vor dem 15. August d. J. ihre Entscheidung auf ihr Memorandum vom 12. Juli 1922 mitzuteilen. Sie wird Sie unverzüglich davon in Kenntnis setzen und gleichzeitig Bestimmung über die Frage der Fälligkeit vom 15. August treffen, welche bis zu dieser Entscheidung in der Schwebe bleiben soll.

Paris, den 14. August 1922.
ges. Dubois. John Brabbur.

Wie aus London gemeldet wird, ist die vorläufige Antwort der Reparationskommission auf das deutsche Stundungsersuchen von der Reparationskommission einstimmig gefaßt worden, d. h. auch der französische Delegierte Dubois hat sich zugestimmt. Poincaré hat also wenigstens profitorisch auf eine Obstruktion der Stundungsfrage verzichtet.

der Konferenz gebunden, und die französische Regierung würde sich die volle Handlungsfreiheit. Der Ministerpräsident habe es übrigens abgelehnt, irgend eine Erklärung über das Vorgehen abzugeben, das er sich für diesen Fall vorbehalte, so lange er nicht seinen Ministerkollegen über die Lage Bericht erteilt habe. Aber selbst wenn die Stimme des Vorsitzenden nicht ausschlaggebend wäre, würde, auch wenn die übrigen Vertreter für das Moratorium eintreten, eine Uebereinstimmung des französischen und des belgischen Votums in der Reparationskommission juristisch die Ablehnung des Moratoriums bedeuten, da die erforderliche Mehrheit dann nicht zustandekäme und da die Quantität der Stimmen zugunsten der Aufrechterhaltung des Status quo ins Gewicht fiele. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet ferner aus London: Poincaré beriet um 3,30 Uhr nachmittags mit Theunis. Die französische Delegation wird am Dienstag vormittag um 11 Uhr London verlassen. Die Angelegenheit muß an die Reparationskommission zurückgehen.

In einem Leitartikel legt „Daily Chronicle“ das Verfahren dar, das nach Ansicht des Blattes nunmehr angewandt werden muß, nachdem die Konferenz gescheitert ist. Artikel 233 des Versailler Vertrages ermächtigt die Reparationskommission, jederzeit ein Moratorium zu gewähren. Die Notwendigkeit für die Abhaltung der Londoner Konferenz habe daher nicht bestanden. Die Reparationskommission hätte ohne weiteres die Frage regeln können. Nur weil Frankreich Ansichten geltend gemacht habe, die von denen der übrigen Staaten abwichen, und weil die Alliierten wünschten, wenn möglich eine einstimmige Entscheidung zu erzielen, sei die Londoner Konferenz abgehalten worden. Diese Absicht sei nicht erzielt worden, weil Poincaré mit Vorschlägen heraufgekommen sei, die, wie er von vornherein mußte, unannehmbar seien, und die er bisher zurückgenommen oder abzuändern sich geweigert hat. Die Frage müsse nun natürlich an die Reparationskommission zurückgehen. Das sei durch den Friedensvertrag vorgeschrieben. In der französischen Presse seien Drohungen laut geworden, daß Poincaré sich dieser Notwendigkeit nicht beugen und Frankreich auf den Weg besonderer militärischer Sanktionen gegen Deutschland führen werde. Wenn er dies tue, so würde er damit natürlich den Versailler Vertrag in Stücke reißen.

Die Grundzüge der englischen Politik in der Reparationsfrage.

Der Londoner Sonderberichterstatter des „Betit Parfien“ erzählt in dem Rabinetsrat vom Sonnabend vormittag habe Lord George die Lage wie folgt gekennzeichnet: Wir haben es mit einer Reihe französischer Vorschläge zu tun, in denen eine Gruppe von Maßnahmen vorgelegt ist zu dem Zweck, auf Deutschland einen Druck auszuüben und es dadurch zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen auf Grund der Reparationsbestimmungen zu zwingen. Unsere eigene Politik bezweckt dagegen, Deutschland durch Verzicht auf einen freiwilligen Zusammenarbeiten mit den Verbündeten bei der Durchführung des Versailler Vertrages zu bestimmen. Auf diese Grundzüge, die das Fundament der englischen Politik bilden, können wir nicht verzichten.

Die Sachverständigen zu den Ausgleichszahlungen.

Aus London wird gemeldet: Der Sachverständigenausschuß der Konferenz nahm einstimmig ein Gutachten an, wonach Deutschland die nächste Rate von 2 Millionen Pfund Sterling zur Deckung von Privatschulden innerhalb vier Wochen bezahlen soll. Hieraus soll dem Gutachten zufolge das Abkommen über diese Zahlungen außer Kraft treten. Schließlich empfiehlt das Gutachten, daß die alliierten Regierungen für die von Deutschland in dieser Hinsicht zu leistenden Zahlungen Sonderabmachungen treffen sollen, die der Zustimmung der Reparationskommission bedürfen. Die Konferenz nahm ferner einen Bericht von Theunis und Poincaré entgegen, in dem es heißt, sie brächten große Opfer an Grundstücken für die Sache der Einigkeit der Alliierten.

Hinsichtlich wird aus London mitgeteilt, daß die englischen Sachverständigen zwar dem Beschluß, Deutschland habe die 2.000.000 Pfund Sterling zu zahlen, zugestimmt haben, aber betonten, daß, falls ein Moratorium gewährt werde,

nach englischer Auffassung auch die Ausgleichszahlungen zu finden wären.

Ein neuer Vorschlag für Oesterreich.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet aus London: Die alliierten Minister haben Montag nachmittag von 5 bis 6 Uhr über die Lage Oesterreichs beraten und beschlossen, ihm einen neuen Vorschlag zu unterbreiten. Die Frage ist zur Prüfung an den Völkerbund verwiesen worden, der den Alliierten ein Programm unterbreiten soll.

Sitzung des Reichskabinetts.

Nach dem „A. T.“ beschloß sich die Reichsregierung in ihrer gestrigen Sitzung nicht, wie geplant, mit dem Reparationsproblem und der Frage der Ausleihzahlungen, sondern nur mit vorliegenden Geschäften. Das Reparationsproblem kam nicht zur Erörterung, weil sich die Moratoriumsfrage durch die Antwort der Reparationskommission noch in der Schmeife befindet. In der Frage der Ausleihzahlungen will die Reichsregierung erst die authentischen Mitteilungen der interalliierten Regierungen abwarten.

Die Verhandlungen über die Steuerungsanlagen der Beamteten.

„Pant „Germania“ wurde eine Deputation der Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamteten und Staatsarbeiter in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Hermes vom Ministerialrat Dr. Kühnemann und Ministerialrat Dr. Schlieffen empfangen, um über neue Steuerungsanlagen zu verhandeln. Den Vertretern wurde erklärt, daß halbjährliche Steuerungsverhandlungen auch den Absichten des Reichsfinanzministers entsprechen und daß die genannten Beamteten eigens zu diesem Zweck ihren Urlaub abgeben könnten. Nach Einholung der entsprechenden Vollmachten vom Minister Dr. Hermes sollen die Verhandlungen am Donnerstag vormittag um 10 Uhr beginnen.

Die Vereinigung der proletarischen Weltarmee.

In den Beschlüssen der Prager Konferenz des Präsidiums der Londoner Sozialistischen Internationalen ist das tschechoslowakische sozialdemokratische Blatt „Prava Lidu“ die Prager Konferenz für die Grundlage für eine Vereinigung des sozialistischen Proletariats der ganzen Welt gelegt. In der im Oktober stattfindenden Pariser Konferenz der Londoner, Wiener und Amsterdamer Internationale werde das Werk der Vereinigung der proletarischen Weltarmee vollendet werden, damit in kurzer Zeit ein gemeinsamer internationaler sozialistischer Kongress einberufen werden könne, der der Zersplitterung in den Arbeiterpartei ein Ende machen und die Weltkräfte des Sozialismus zu gemeinsamer Arbeit durch gemeinsame Kämpfe zusammenfassen solle. Diese Vereinigung sei insbesondere in Deutschland, wo die Hauptkämpfer liegen, bereits soweit vorgeschritten, daß in der offiziellen Kundgebung der Prager Beratungen der Londoner Internationale ausdrücklich davon gesprochen werde, daß es in nächster Zeit in Deutschland zu einer Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien kommen werde. Es verstehe sich von selbst, daß die Moskauer Kommunisten aus der Vereinigungstraktion ausgeschlossen sind.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
In der Ausweisung deutscher Reichsangehöriger aus Elbafeld-Verdingen wird der „B. Z.“ aus Wuppertal gemeldet: Die Ausweisung war diesmal besonders hart. Am Freitag früh wurden die Opfer dieser unerhörten Repressalien aus den Wohnungen, sozusagen aus dem Bett herausgeholt und in das Volkshaus geführt. Als lästige Ausländer mußten Männer und Frauen bis zum 75. und 80. Lebensjahre, von denen ein Teil seit 40 Jahren in Elbafeld-Verdingen eine Heimat gefunden haben, binnen 48 Stunden das Land verlassen. Es seien zumeist einfache Leute, Arbeiter, Angestellte, Kontoristen, Kellnerinnen, daneben Geschäftsleute, also Menschen, die sich um alles andere als die hohe Politik kümmern und unmöglich jene notorischen landwärtlichen deutschen Elemente sein können, deren Ausweisung nach der Aussage Poincarés allein in Betracht kommen sollte.

Die Schiffsahrt des Reichspräsidenten. Montag vormittag besuchte der Reichspräsident die Zalsperre und das Kraftwerk Mauer.

Kommunistische Ausschreitungen in Birmansend. Die „Post. Ztg.“ berichtet aus Birmansend über schwere Ausschreitungen der Kommunisten bei der von den sozialistischen Parteien veranstalteten Versammlung. Die Kommunisten versuchten die Redner zu töten, wobei es zu einem Handgemenge kam, sodas die Feiler geschlossen werden mußte.

7000 Zentner Steinkohlen in Berlin beschlagnahmt. Das Kohlenamt der Stadt Berlin hat, wie die Morgenblätter melden, an drei verschiedenen Stellen Großberlins etwa 7000 Zentner Steinkohlen im Werte von mehr als einer Million Mark beschlagnahmt. Die beschlagnahmte Kohle wird unverzüglich den gemeinnützigen städtischen Anstalten angeführt werden.

Die Großbank der Ehrhardt-Deute. Die „Freiheit“ brachte in ihrer Sonntagsnummer einen Aufsatz unter der Ueberschrift „Die Großbank der Ehrhardt-Deute“. Am Schluß dieses Zeitungsaufsatzes werden „alle Finanz- und Justizminister und alle Polizeibehörden“ aufgefordert, sich die Ehrhardt-Großbank näher anzusehen. Hierzu wird vom Berliner Polizeipräsident mitgeteilt, daß der Berliner politische Polizei die Ehrhardt-Großbank bereits bekannt

war und das entsprechende politische Maßnahmen bereits vor dem Erscheinen des „Freiheit“-Artikels getroffen worden sind. Auch das von der „Freiheit“ veröffentlichte Schreiben, das in Abschrift an zahlreiche Bekannte von Ehrhardt gerichtet wurde, befindet sich in Händen der Berliner politischen Polizei. — Wie die Berliner Morgenblätter mitteilen, wird seitens der Berliner politischen Polizei erklärt, daß sie, ohne sich vorher mit den zuständigen Stellen irgendwelcher Verbindung zu sehen, am Sonnabend an die Münchener Polizei das dringende Ersuchen gerichtet habe, bei Ehrhardt von Puttkammer und einigen anderen mit der Ehrhardt-Angelegenheit befaßten Personen in München eingehende Nachforschungen vorzunehmen.

Internationaler Telegraphischer Wettstreit. Der Reichspräsident hat anlässlich des vom 17.—21. August in Berlin stattfindenden Internationalen Telegraphischen Wettstreits einen Silberpokal als Meisterstück gestiftet und den Vorsitz des Ehrenauschusses übernommen.

Ein kleinerer Landarbeiterstreik ist am Montag in den Kreisen Kassel, Kasselmar, Schwaga, Mühlenhausen, Homberg, Mellungen, Wolfshagen, Rotenburg, Dersfeld und Fricklar sowie im Freistaat Waldeck ausgebrochen. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet. Der Landarbeiterverband hat den Schlichtungsausschuss angerufen, vor dem am Mittwoch Verhandlungen stattfinden.

Das Deutschlandlied. Daß die dankenswerten Bemühungen des Reichspräsidenten, unserem Volke in dem alten Deutschlandlied Hoffmanns v. Fallersleben wieder eine Art Nationalhymne zu schaffen, bei den großen Massen einwachen noch keine Begeisterung findet, konnte bei der Verfassungsfeier am Freitag vor dem Staatlichen Schauspielhaus feststellbar werden. Unmittelbar nach dem Vide „Deutschland über alles“ war die Internationale angetönt worden. Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, bezeichnet das Deutschlandlied als das Symbol des deutschen Imperialismus, und das einzige, was durch die Erklärung des Deutschlandliedes als die Nationalhymne erreicht werden dürfte, werde eine nationalsozialistische Welle sein, die durchaus nicht im Interesse der Reichsregierung und der Republik liegen dürfte. Das Blatt glossiert im Anschluß daran die Tatsache, daß nach der Feier im Reichstage die Ehrenkompanie der Reichswehr unter den Klängen des Liedes: „Das ist die Garde, die unser Kaiser liebt“, abgezogen sei und meint, man könne es der Arbeiterklasse, den treuen Söhnen der Republik, nicht verübeln, wenn sie den Glauben an eine Neuordnung unter den gegebenen Umständen nicht finden könne. „Nein, dieser Tag hat nicht die innere Anteilnahme des deutschen Proletariats gefunden“ — sagt die „Freiheit“. Die deutschen Arbeiter, heißt es weiter, kennen nur einen Feiertag, den 9. November; ohne den 9. November des deutschen Proletariats wäre keine republikanische Verfassung möglich gewesen. Nur diesen Tag würden die deutschen Arbeiter als Gedächtnistag einer neuen Ordnung freudig bejahend feiern.

Die neue gesetzliche Miets für Berlin. Der Berliner Magistrat schlug dem Wohnungsausschuß die fünfstufige Friedensmiete als gesetzliche Miets für Berlin vor.

Ein Reichskriminalpolizeiamt. Im Reichsministerium des Innern ist man laut „Berliner Tageblatt“ mit der Organisation eines Reichskriminalpolizeiamtes angelegentlich beschäftigt. Es dürfte im ersten Anlauf um das bisherige Reichskriminalpolizeiamt für öffentliche Ordnung erweitert werden und dieses vielleicht ganz in sich aufnehmen. Bis zum 1. September sollen auch die neuen Reichsdisciplinargerichte eingerichtet und in Tätigkeit gesetzt werden.

Die Berliner Abmachungen mit Bayern. In der Besprechung des bayerischen Ministerrats, die am Sonntagabend mit den Führern der Koalitionsparteien stattfand, wurde nach dem „Berliner Tageblatt“ folgendes Ergebnis erzielt: Die Fraktionsführer erklärten nicht für sich allein ihre Zustimmung zu dem, was in Berlin beschloffen worden sei, geben zu können. Da der Landtag zur Zeit nicht verammelt ist, werden die Fraktionen und Koalitionsparteien am Mittwoch im Landesausschuß und die anderen Parteien am Donnerstag ihre Entscheidung fassen. Soweit es sich bisher zeigt, verrät keine große Freude mit den Abmachungen. Der „Wäldische Beobachter“, das Organ der national-sozialistischen Arbeiterpartei in München, droht dem „Berliner Tageblatt“, daß er nun im Kampfe gegen die bayerische Regierung alle persönlichen und familiären Rücksichten fallen lassen werde. Deutlicher wird der „Miesbacher Anzeiger“ der von Enthüllungen über Vorgänge im Hause des Ministerpräsidenten spricht, die Graf Verchenfeld schließlich zum Rücktritt zwingen würden. — Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ aus München will der bayerische Kultusminister die Richtlinien des Reichsministers des Innern für den republikanischen Schulunterricht in den bayerischen Schulen nur mit Vorbehalten und Einschränkungen annehmen.

Der Dollarkurs. An der Berliner Börse notierte am Montag mittags 1 Uhr der Dollar mit 827, die Prager Krone 2075.

Jum Prosch Fedenbach. Redakteur Kämpfer von der unabhängigen „Münchener Morgenpost“ ist bei dem vor-

stufen Stand des neuen Fedenbach eingeleiteten Verfahrens wieder freigesprochen worden.

Republik Österreich.

Die Kosten der Lebenshaltung sind vom 15. Juli bis 15. August um 124 Prozent gestiegen.

Österreichs Not und die Londoner Konferenz. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet, erwartet man in diesem parlamentarischen Kreise mit großer Spannung den Ausgang der Londoner Konferenz. Sollten wider Erwarten auch diesmal die Forderungen der Entente nicht erfüllt werden, so glaubt man mit Sicherheit annehmen zu können, daß die Regierung den Nationalrat zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werde. Das Blatt bemerkt dazu, die Ententevertreter seien über die dringende Not Österreichs und über die unumgänglich zu leistende Hilfe nicht im unklaren gelassen worden.

Erleichterungen im Devisenverkehr. Wie die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet, fand Montag bei der Devisenzentrale eine Beratung wegen Erleichterungen im Devisenverkehr statt, die jedoch noch keine bestimmten Ergebnisse zeitigten. Eine vollständige Freigabe des Devisenhandels muß jedoch von vornherein infolge der gegenwärtigen Verhältnisse von der Beratung ausgeschlossen werden. Die Erleichterungen sollen sich in engen Grenzen bewegen in der Art, wie sie in Tirol, Salzburg und Vorarlberg bereits gewährt wurden.

Italien.

Ein Unfall in Cardone Riviera. Ein Unfall erlitt in seiner Villa in Cardone Riviera einen Unfall, wobei er am Kopf nicht unerheblich verletzt wurde. Sein anfänglich beunruhigender Zustand hat sich gebessert.

Rußland.

Das Eigentumsrecht. Für den vierten Kongreß des Exekutivkomitees hat das Justizministerium ein Projekt für das bürgerliche Eigentumsrecht ausgearbeitet. Die Grundidee des Projektes ist der Schutz der Eigentumsrechte der Privatpersonen und gegebenenfalls dieses Recht des Privatvertrages durch die Gerichte zu verteidigen. Das Projekt enthält auch die Grundlinien des Rechtes der Ausländer. Im Vordergrund stehen die Interessen der arbeitenden Klassen. Land kann nur in Pacht gegeben werden, darf aber nicht als Privateigentum gelten.

England.

Lord Northcliffe ist gestorben. — Lord Northcliffe ist tot, der Zeitungsmanagor und Politiker, der reiflos sein Instrument, seine Presse seinen politischen Zielen dienlich machte, selbst ganz und gar nicht Journalist, aber mit einem Organisationsstalent begabt, das ihn einen der einflussreichsten Stimmungsmacher werden ließ. Und dies verbunden mit einem geradezu fabelhaften Devisenbuck, das machte ihn zum schärfsten Bismarck — während des Krieges und seither. Er blieb Gegner der Versöhnung und was er über Deutschland nach 4 Jahren nach dem Krieg auf Grund einer eigenen Informationsreise zu sagen mußte, war Blasphemie. Entgegen der Meinung und den Interessen seines Landes blieb er und durch ihn die „Times“ und seine andere Organe die Vertreter der französischen Richtung — der Kriegspolitik auch nach Friedensschluss. Mit geradezu genialer Geschäftstüchtigkeit schuf er im Kriege die Organisation, die aus allem was deutsch war, ein Schandbild schuf und es in unzähligen Versionen der Welt vermittelte. Die Mittel waren ihm gleich, Skrupellosigkeit, Niedertracht, Lüge, das waren die Waffen der papiernen Waffenschmiede Northcliffes, alttäter als die Gase in den Schützengräben, und sie wirkten nach. Die unheilvolle Verstärkung des Völkerverhasens bleibt Lord Northcliffes ebernes Denkmal. Seine Größe und Bedeutung verstand er seiner Geschäftstüchtigkeit. Einer alten Buchhändlerfamilie entstammend (am 15. Juni 1865 in der Grafschaft Dublin geboren), gründete er bereits als Schüler eine Zeitung und mit 22 Jahren war die Gründung der billigen Wochenschrift „Answers“ ein großer Erfolg, der bis auf den heutigen Tag sich in der großen Auflage des Organes dokumentiert. 1896 schuf er die „Daily Mail“, die gewissermaßen die Amerikanisierung der englischen Presse einleitete und bald erreichte diese Zeitung die in Europa unerhörte Auflage von über einer Million. Fast alljährlich folgte eine neue Zeitungsgründung. „Daily Mirror“, die „Matrone“, „Evening Post“, „St. James Gazette“, alles sind seine Gründungen. 1906 kaufte er die „Times“ und so ward Northcliffe bald der mächtigste Mann Englands, der seinen Einfluß skrupellos ausnützte. 1904 war er in den Aelstand erhoben, im folgenden Jahre wurde er — Alfred William Harmsworth — zum Lord Northcliffe und Baron of Xbanet ernannt. Er führte Wsquith, brachte Lloyd George ans Ruder, den er ebenso wieder bekämpfte, als er sich nicht als willfährig erwies. Er war es auch, der in Amerika die Propaganda für dessen Teilnahme am Kriege entwarf. Northcliffe ist tot. Wann wird ihm der Geist des Völkerverhasens folgen?

Amerika.

Die kalifornische Fruchtente in Gefahr. Der amerikanische Eisenbahnstreik droht die gesamte kalifornische Fruchtente im Werte von 50000000 Dollar zu vernichten.

Derliches und Sämtliches.

Miela, den 15. August 1922.

Nonstituierende Versammlung der Theatergemeinde Miela der Sächsl. Landesbühne. Unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Scheider fand gestern Abend im Saale der „Bilderrasse“ die Gründungsversammlung der Theatergemeinde Miela der Sächsl. Landesbühne statt. Der Herr Vorsitzende besprach die Entwicklung der von 18 Städten subventionierten „S. L.“ aus der „Künstlerischen Schaubühne“ des Sächsl. Künstlerbundes, die innere Organisation, mit dem früheren Dresdner Intendanten Graf Seebach an der Spitze, die hervorragende Qualität ihres neuen Ensembles und Spielplanes und die daraus folgende kulturelle Notwendigkeit ihrer Unterhaltung. Ebenso wurde die Einrichtung der Theatergemeinden erläutert mit ihren verschiedenen Kategorien von Mitgliedern: Gründungsmitgliedern mit mindestens 5000 Mark einmaligen Beitrag (bisher in Miela 7 mit zusammen 65000 Mark), Stützenden Mitgliedern mit 3000 Mark Beitrag auf die nächsten zehn Jahre, Fördernden Mitgliedern mit 500 Mark, Einzelmitgliedern mit 50 Mark, Körperkassenmitgliedern mit 100 Mark jährlichem Beitrag. Besondere Beachtung verdienen nach Angabe des Herrn Vorsitzenden die den Mitgliedern der „S. L.“ ausstehenden ganz bedeutenden Preisermäßigungen beim Bezug von Eintrittskarten. Die Versammlung, der auch eine Anzahl Vertreter hiesiger Innungen, Gewerkschaften und Vereine beiwohnten, erklärte sich mit der Gründung einer Theatergemeinde hierauf einstimmig einverstanden. Die daraufhin vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Bürgermeister Dr. Scheider (1. Vor.), Stadtverordnetenvorsteher Günther (2. Vor.), Direktor Schoppmann (Kassierer), Oberlehrer Schönebaum (Schriftführer), Sägewerksbesitzer Dönel, Direktor Belzig und Rittergutspächter Seide-Kottwitz. Zum Schluss wurde der Spielplan der am 26. September d. J. beginnenden Spielreihe für die Mielaer Theatergemeinde bekanntgegeben, der folgende Stücke umfaßt: „Rathen der Weile“ von Lessing; „Das alte Heim“ von Gustav Gsmann; „Der Herr Senator“ von Schöndan und Radelburg; „Gespinnster“ von Jben; „Deimat“ von Sudermann; „Der eingebildete Kranke“ von Voltaire; „Der feinsche Lebemann“ von Arnold und Bach; „Vor Sonnenaufgang“ von Gerhart Hauptmann. Empfohlen wurde die rege Propaganda für die Zwecke und Ziele der „S. L.“ und ihrer neuen Theatergemeinde Miela und darauf hingewiesen, daß Mitgliederanmeldungen von den Vorstandsmittgliedern, sowie von den Mitglieder-Verbreitern (Stadt, Sparkasse Miela, Konsumverein Miela, Hoffmann's Buchhandlung, Gemeindevorstand Miela und Konsumverein Gröba) jederzeit entgegengenommen werden.

Wirtschaftsregelung. Die Preiskommission des M. L. V. hat in ihrer am 11. August 1922 abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Vollmilchzuckerpreise für den Freistaat Sachsen für die Zeit vom 18. bis 31. August 1922 wie folgt festzusetzen: Bei Lieferung sauber gemessener, gut gemittelter und gekühlter Vollmilch unverändert wie sie von der Kuh kommt) 1. ab Stall an Molkereien, Händler und Sammelstellen a) in den Amtshauptmannschaften Delitzsch, Auerbach, Plauen, Annaberg, Jöhla, Chemnitz, Marienberg, Schwarzenberg, Stollberg, Zwickau, Glauchau, Rochitz, Weidenau je nach Festsetzung durch die dortigen Bezirksorganisationen bis zu 15 Prozent mehr oder bis zu 18,80 Mark für den Liter; b) im allgemeinen 12 Mark für den Liter; c) in den Amtshauptmannschaften Dippoldiswalde und Freiberg, soweit es sich um Milch handelt, die in Ortschaften einer mittleren Ortschaftshöhe von über 500 Meter ü. d. M. gewonnen ist und als Frischmilch zum Versand gelangt, 18,80 Mark für den Liter. 2. Zuschläge bei Lieferung frei Verlade- bezw. Abgangstation, Molkerei oder Sammelstelle a) bei einer Lieferung vom Gehöft zur Bahnstation, Molkerei oder Sammelstelle bis 5 Kilometer 40 Pfg. für den Liter; b) bei gleicher über 5 Kilometer je nach Größe der Entfernung bis zu 60 Pfg. für den Liter; c) sofern die Vollmilch von der Sammelstelle gekühlt werden muß 20 Pfg. für den Liter. 3. Für von Landmolkereien verandete und am Empfangsort in einwandfreiem Zustande eintreffende Milch ergibt sich der Verkaufspreis frei Abgangstation der Molkerei aus dem Verzehrspreis frei Molkerei und einem Zuschlage für tatsächlich erfolgte molkermäßige Behandlung von 2,50 Mark für den Liter. 4. Die Kleinverkaufspreise des Milchhandels ab Laden ergeben sich aus dem Verzehrspreis frei Stadt (einschließlich Eingangsverlust) zuzüglich einer Handelsspanne von 25 Prozent in Städten mit weniger als 100000 Einwohner und von 33 ein Drittel Prozent in Städten mit mehr als 100000 Einwohner. Die Festsetzung eines Zuschlages für Lieferung frei ins Haus bezw. ab Wagen wird örtlich geregelt. 5. Die Kleinverkaufspreise der Landwirte in den Städten sind die gleichen wie die des Milchhandels. Die Frage, in welchen Großstadtorten die Milchhändler und Erzeuger den Großstadtverkaufspreis nehmen dürfen, wird von den in Frage kommenden Organisationen der Milchhändler und Erzeuger gemeinsam örtlich geregelt. 6. Die Kleinverkaufspreise der Landwirte ab Stall

Geläufte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König.

14

„Ist ein Unglück daheim passiert?“ fragte Baron Paul ernst, indes sein Blick voll ängstlicher Erwartung auf dem alten Manne ruhte, hinter dem die Türe geduckelt sich schloß.

„Nein, Herr Baron,“ antwortete Franz ruhig, während er ein Portefeuille aus der Tasche holte, „Herr Baron Gertrud und das gnädige Fräulein Lante befinden sich wohl, es ist nichts vorgefallen, was Sie beunruhigen könnte.“

„Dem Himmel sei Dank!“ sagte Paul mit einem unsicheren Blick auf das kleine Briefpaket, das er jetzt in den Händen des Dieners sah. „Aber weshalb hast Du die weite Reise hierher machen müssen? Den Brief hätte ja auch die Post besorgen können!“

„Der Brief ist auch nicht die Ursache,“ erwiderte Franz, „berühmte Sie sich nicht, Herr Baron. Meine Schwester, die hier wohnt, ist gestorben, ich bin um einige Tage Urlaub, um ihr das letzte Geleit geben zu können; der gnädige Herr bewilligte meine Bitte und gab mir bei dieser Gelegenheit den Brief für Sie mit. Er meinte, es würde Ihnen vielleicht lieb sein, jemand aus der Heimat zu sehen, den Sie nach diesem oder jenem fragen könnten, und daß ich die Postkarte gerne übernehme, brauche ich wohl nicht zu sagen. — Es ist bei uns alles noch beim Alten,“ fuhr er fort, während Paul sich in einen Sessel niederließ und den mehrfach versegelten Brief öffnete, aus dem er einige Banknoten herausnahm, „es wird immer stiller und einsamer im Schloß, seitdem das Anglisch eingezogen ist. Der gnädige Herr kann den verlorenen Sohn nicht vergessen, und Baronessa Meta vernißt ihn auch noch jeden Tag; wenn er zurückkäme, ich glaube, alles würde ihm verziehen werden.“

Baron Paul hatte die Brauen wieder zusammengezogen, er hörte nicht auf die Worte des alten Mannes, dessen Blick prüfend auf ihm ruhte; der Inhalt des Briefes berührte ihn sichtbar sehr unangenehm.

Sein Vater machte ihm Vorwürfe wegen seiner Ver-

die Paul gefordert hatte, und kam dabei auf seine eigene Jugend zurück, in der Arbeit die Hauptsache und das Vergnügen nur eine Ausnahme gewesen waren.

„Du hast nun die Landwirtschaft genügend studiert,“ schrieb der alte Herr, „jetzt gilt es, in der Praxis die Theorie zu erproben. Der Wäghgang taugt nichts für Dich, ernde Deine Angelegenheiten und komme hierher, es gibt hier Arbeit genug, die fremden Händen anzuvertrauen nicht in unserem Interesse liegt. Schulden wirst Du hoffentlich keine haben, da ich Dich stets ausreichend mit Geld verah; ist es aber der Fall, so nenne mir die Summe, und ich will sie tilgen unter der Bedingung, daß Du nun auch endlich meinen oft geduldeten Wünschen nachkommst. Deine Cousine, Alma von Sternberg, wird stark umworden, sie wäre längst verlobt, wenn sie nicht auf Dich wartete; Du weißt, wie sehr ich diese Verbindung wünsche, durch die unser Rittergut mit dem benachbarten verschmolzen wird. So mach' denn endlich der Ungewißheit ein Ende, besprochen und beraten ist das Projekt längst. Du wirst keinen Korb erhalten, dafür bürgt Lante Meta Dir. Schick' mir durch Franz gute Nachrichten, damit endlich wieder ein Lichtblick in mein dunkles Leben fällt, ich habe so viel Schweres tragen müssen und leide noch immer so sehr darunter, daß mir wohl eine kurze Freude zu gönnen ist. Ich erwarte Deinen Entschluß, denke an Deine Pflichten, die Du als künftiger Majoratsherr von Lindenwalde Deinem Vater und Dir selbst schuldest.“

Paul faltete den Brief wieder zusammen und schickte die Banknoten, ein herber Zug lag um seine Lippen.

„Hat mein Vater die mündliche Aufträge gegeben?“ fragte er den Kammerdiener in unfreundlichem Tone.

„Das gerade nicht,“ erwiderte Franz, „aber der gnädige Herr sprach die Hoffnung aus, Sie würden mich auf der Rückreise begleiten.“

„Wann wirst Du die Rückreise antreten?“

„Übermorgen, Herr Baron.“

„Umständlich!“

„Der gnädige Herr meinte, Sie könnten Ihre Mobilien

und die Pferde sich nachscheiden lassen.“

„So rasch geht das nicht,“ unterbrach Paul den alten

Mann mit einer abwehrenden Geste. „Mein Vater hat

seltsame Ansichten; er ist geizig geworden, er schickt mir auch heute nicht, was ich gefordert hatte, fordern mußte. Daß ich Schulden haben könnte, bezweifelt er, und doch zwang seine Sparsamkeit mich, sie zu machen. Das Leben kostet hier mehr als in Lindenwalde, das scheint mein Vater nicht zu bedenken; die Gleichgültigkeit, mit der er mich hier in bedrückter Lage läßt, mich mich erditten.“

„Um Gottes Willen, Herr Baron, mahnen Sie den Frieden,“ sagte Franz erschreckt, und in seinem Gesicht spiegelte sich erste Besorgnis. „Kommen Sie nach Lindenwalde und sprechen Sie mit dem Herrn Vater so offen, wie Sie jetzt mit mir geredet haben, dann wird alles, was Sie wünschen, erfüllt werden. Er ist ja glücklich, wenn er Sie wieder unter seinem Dache hat! Und Baronessa Meta auch; Sie hoffen beide, daß Sie wieder Leben und Frohsinn in's Haus bringen.“

„Und hängen beide dabei immer noch mehr an Kurt als an mir?“ erwiderte Paul bitter. „Kann das Leben mir dort angenehmer sein, wenn ich täglich Klagen über den verlorenen Sohn hören muß?“

„Dem Vaterherzen dürfen Sie diese Schwärme nicht über nehmen, Baron Kurt war immer sein Liebling.“

„Und deshalb mußte ich zurückgehen, ich weiß das wohl. Ich mache meinem Vater auch keinen Vorwurf, er hat diese Bevorzugung seines Lieblings schwer büßen müssen, nun aber sollte er endlich den Verfallenen vergessen und sich dem Sohne zuwenden, der ihm stets gehorsam war und die Ehre seines Namens stedenrein bewachte.“

„Kommen Sie nach Lindenwalde, Sie werden dort nur Liebe finden,“ bat Franz. „Und was die Schulden betrifft —“

„So sollst Du den ersten Sturm von mir abwehren, alter Freund!“ unterbrach ihn der Baron, nun plötzlich einen heiteren Ton anschlagend. „Ich gebe Dir meine Bedichte schriftlich mit, mein Vater wird jedenfalls mit Dir darüber reden, dann nimm mich in Schutz und Sorge, daß ich das Geld erhalte. Du darfst in meinem Namen versprechen, daß ich alle Wünsche meines Vaters erfüllen will, weigert er sich auch dann noch mit seiner Hartnäckigkeit, die wir ja beide kennen, dann steck' Dich hinter meine Tante. Wir sprechen darüber noch näher, Du wirst bis zu Deiner Weile hier bei mir wohnen.“

In ländlichen Gemeinden mit einer mittleren Ortshöhe von weniger als 500 Meter a. d. M. dürfen bis zu 87 Prozent des vom organisierten Milchhandel der nächstliegenden Stadt geforderten Preises verlangen. Besteht indessen kein organisierter Milchhandel, darf der Landwirt in ländlichen Gemeinden für die ab Stall literweise verkaufte Vollmilch den Großverkaufspreis für 1 Liter ab Stall zusätzlich eines Aufschlages von bis zu 15 Prozent derselben nehmen. 7. Die Festsetzung der Kleinverkaufspreise der Landwirte ab Stall in allen Gemeinden mit einer mittleren Ortshöhe von 500 Meter und mehr a. d. M. wird der örtlichen Regelung überlassen. Im Freistaat Sachsen haben andere lautende Preise oder Preisregelungen nur dann Gültigkeit, wenn sie vom M. L. B. genehmigt und in dessen Namen bekanntgegeben worden sind.

Eine amtliche Erklärung zur Brotpreiserhöhung. Durch M. L. B. wird mitgeteilt: In den Verhandlungen des Reichstages über das Umlagegesetz ist bereits darauf hingewiesen worden, daß mit Beginn des neuen Getreidewirtschaftsjahres, also um die Mitte August, eine Erhöhung des Brotpreises eintreten werde. Diese Erhöhung ist jetzt in den Kommunalverbänden durchweg angelehnt worden. Da es sich um eine beträchtliche Erhöhung handelt, so scheint eine Darlegung der Verhältnisse, welche die Erhöhung erforderlich machen, angezeigt. Die Höhe des Brotpreises ist — abgesehen von den nicht unerheblichen Kosten, welche den Kommunalverbänden durch ihre eigene Verwaltung, den gesteigerten Ausgaben für Boden usw. entstehen — in der Hauptsache abhängig von dem Preise, zu welchem die Reichsgetreidekasse das Getreide an die Kommunalverbände abgibt. Dieser Abgabepreis, der seit Februar eine Veränderung nicht erfahren und im Durchschnitt für die verschiedenen Getreidearten 5462 Mark betragen hat, ist jetzt auf 11 000 Mark erhöht (10 500 Mark für Roggen und 11 300 Mark für Weizen), also erheblich verhöbert worden. Die Erhöhung hat vorgenommen werden müssen, weil die Preise für das in die öffentliche Hand gelangende Getreide, für inländisches Umlagegetreide und für das aus dem Ausland eingeführte Getreide stark gestiegen sind. Die Preise für das inländische Umlagegetreide betragen im vergangenen Jahre für Roggen 2100 Mark, für Weizen 2300 Mark; sie sind jetzt erhöht worden auf 6900 Mark für Roggen und 7400 Mark für Weizen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahre, die ihren Grund in der allgemeinen Preissteigerung und damit den gesteigerten Kosten der Produktion findet, ist also beträchtlich, bleibt aber weit zurück hinter den Preisen auf dem freien Markt oder gar auf dem Weltmarkt. Als im Vorjahre der Preis des Umlagegetreides mit 2100 Mark bzw. 2300 Mark in Kraft trat (Mitte August), betrug der Preis im freien Handel, der damals zum erstenmal wieder einsetzte, 3400 Mark für Roggen und 4800 Mark für Weizen, um nach einiger Zeit beträchtlich zu steigen. Der Dollar stand zu jener Zeit circa 70. Bei der Festsetzung der Preise für dieses Jahr, im Juli, betrug der freie Marktpreis für inländisches Roggen etwa 13 000 Mark, für Weizen ungefähr 18 000 Mark und der Dollar stand etwa 100. Der Preis für ausländisches Weizen lag noch höher. Mittlerweile sind die Preise noch stark gestiegen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Mißbrauch, der für Abgaben der Reichsgetreidekasse an die Kommunalverbände errechnet werden muß, eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren würde. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in dem Abgabepreis von 11 000 Mark die Umlagesteuer enthalten ist, ferner, daß die Reichsgetreidekasse das Getreide mehrfach beträchtlich erhöht worden ist. Die Erhöhung gegenüber dem im Februar festgesetzten und bis jetzt durchgehaltenen Abgabepreis von 5462 Mark ist mithin über das unumgängliche Notwendige nicht hinausgegangen. Daß der Abgabepreis noch auf circa 11 000 Mark gehalten werden kann, ist der Umlage zuzuschreiben, die es einmal ermöglicht, die Preissteigerung in mäßigen Grenzen, und ferner den Abgabepreis wenigstens für einen gewissen Zeitraum auf gleicher Höhe zu halten, und damit das Brot den großen Schwankungen der täglichen Marktpreise zu entziehen.

Besuch des Reichspräsidenten in Dresden. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Groener hatten am heutigen Dienstag der „Mitt.-Verghau N.-O.“ in Seiffenberg einen Besuch ab. Im Anschluß hieran wird sich der Reichspräsident zum Besuch der sächsischen Regierung nach Dresden begeben und bei dieser Gelegenheit auch die Jahresfeier Deutscher Arbeit besuchen.

Das Volkstheater. Der Landesvorstand und die Landesfraktion der Kommunistischen Partei in Sachsen sandten an die Landesvorstände der SPD. und der USP. ein Schreiben, worin sie mitteilen, daß sie in der Landtagsitzung am 28. August für das Volkstheater stimmen werden, weil das das Landtagsaufhebung bedeute. „Da ihr, so schreiben sie, durch die Verschmelzung nur noch eine Fraktion sein werdet und wir Kommunisten mit einer härteren Fraktion (1) im Landtag einzusetzen werden, wird die parlamentarische Grundlage des Proletariats verflücht. Wir fordern Euch auf, trotz allem Gegenwärtigen, was uns von einander trennt, in einheitlicher Front gegen die Bourgeoisie mit uns den Landtag aufzulösen.“

Die Gesellschaft „Fidelitas“ veranstaltete am Sonntag in Baulitz ein gaudisches Sommerfest, das schon äußerlich durch die schöne Schmückung (unzählige Lampen) ein festliches Gepräge erhielt. Wegen des unbedingten Wetters mußte ein Teil des Programms im Saale abgewandelt werden. Im Garten wurde ein schöner Abler abgehalten und hierauf unter den Klängen der Musik und beim Schein der Lampen der Um- und Einzugs gehalten. Das Fest selbst, auf das wohl jeder Teilnehmer mit vollster Zufriedenheit zurückblicken wird, schloß mit einem feinen Ländchen.

Landwirtschaftliche Warenhörsen zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonntag, den 12. August 1922: alt Weizen 1825,50; Roggen 1200, gesund und trocken; alt Hafer 1500; neu S.-Gerste 1850; neu W.-Gerste 1250; Mais 1550; Maiskrot 1650; Kleie 1000; R.- u. W.-Stroh 250; Haferstroh 270; Neu 800 bis 900. Die Preise verstehen sich für den Zentner in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Herr Regierungsrat Dr. Mezardorf bei der Amtshauptmannschaft Großenhain wird Mitte dieses Monats zur Amtshauptmannschaft Weissen und Herr Regierungsrat Böhler bei der Amtshauptmannschaft Weissen zur Amtshauptmannschaft Großenhain versetzt.

Reform des Rassen- und Rechnungswesens in den Amts- und Kreisverwaltungseinheiten. Die dringend notwendig gewordenen Reformarbeiten für das Rassen- und Rechnungswesen der Amts- und Kreisverwaltungseinheiten sind von der 1. Abteilung des Ministeriums des Innern soweit fertiggestellt worden, daß mit der Durchführung der neuen (auch vom Staatsrechnungshof grundsätzlich gebilligten) Richtlinien vom 1. Oktober ab gerechnet werden kann. Die Umkehrung des bisherigen Systems der amts- und kreishauptmannschaftlichen Rassen- und Rechnungsführung besteht einmal in der Besetzung der leitenden Stellen durch zwei Beamte und zum andern in der planmäßigen Aus- und Durchbildung der Stellenanwärter für den Rassenstand. Außerdem ist in Betracht der besonders gearteten Verhältnisse bei diesen Behörden die Heraushebung einer Anzahl von Rassen- und Rechnungsbekanntstellern geplant. Ganz in dem Sinne wird aus Gründen der Geschäftserleichterung eine zeit-

gemäße Ausgestaltung der Vorbeurteilung zu den Rassenbüchern und insbesondere die Einführung eines über alle Rassenvorgänge Kauschuh neben den täglichen Wäscheermöglichten Tagebuches geben. Mit dieser grundlegenden Neuordnung wird nicht nur eine noch größere Gewähr für die Schnelligkeit, Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit in diesem Verwaltungszweige geboten, sondern es soll auch erreicht werden, daß der Rassenleiter entlastet wird, da er nicht nur den nötigen Lieberblick erhält, sondern sich auch mehr noch als bisher größeren finanzwirtschaftlichen Aufgaben zum Nutzen der Allgemeinheit widmen kann.

Die angelegte Mithandlung des Wandersführers Olla. Herr Justizrat Viktor Bränel in Berlin, einer der Verteidiger von Max Olla, ließ am Anfang dieses Monats einen größeren Zeitungsartikel erscheinen, in dem er erklärte, daß Olla, wie ihm letzterer angelegt habe, im Justizhaus in Münster in höchst unerlaubter Weise behandelt, ja mißhandelt würde. Die Generalkaassanwaltschaft in Hamm hat diese Angelegenheit einer Untersuchung unterworfen und sie löst in einer langen Verhütung in der „Neuen Vorkaassischen Zeitung“ in Paderborn vom Montag, den 14. August, richtigstellen, daß die Behauptungen des Herrn Justizrat Bränel, erhalten von Olla, nicht richtig sind. Gleichzeitig erfolgt in der Erklärung der Generalkaassanwaltschaft eine eingehende Schilderung der genauen einzelnen Vorgänge.

Der Streik der sächsischen Mäher. Am Montag erschienen die Mäher in den Mäherbetrieben Sachsens noch nicht an ihren Arbeitsplätzen. Sie wollten an den Mäher Streikposten aus. Die Forderung betrug in der Epitengruppe 1800 Mk. für die Woche, der Schiedspruch setzte aber den Lohn auf 1500 Mk. fest, was die Mäherarbeiterschaft ablehnte. Es wurde eine Urabstimmung veranstaltet, durch die der Streik mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossen wurde. Eine Aufzählung an die Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen war nicht ergangen. Die Zahl der ausländischen Mäherarbeiter in ganz Sachsen dürfte 2400 bis 2500 betragen. Heute, Dienstag, finden im Arbeitsministerium Verhandlungen statt, da sich das Ministerium, weil es sich um einen Landbestritt handelt, zum Eingreifen veranlaßt gesehen hat. Vorik. Am Sonntagabend wurde das Leichterische Hausgrundstück von einem Brande heimgesucht, der das Dach und das Obergeschloß zerstörte. Das Feuer war durch einen Blitzstrahl verursacht worden.

Großenhain. Wieder festgenommen wurde der fälschlich aus dem hiesigen Amtsgericht entwischene Strafgefangene Kettel. Dieser hatte in Kößelbroda einen Einbruchsdiebstahl ausgeführt und es gelang, ihn in Weichen wieder festzunehmen. — Ein Einbruchsdiebstahl, bei dem dem Einbrecher Material von großem Wert in die Hände gefallen ist, wurde in der Nacht zum 11. August beim Schmiedemeister in Lins ausgeführt. Der Einbrecher hieß dort 20 neue Fahrradgummimantel, Continental, 20 neue Schläuche mitgeben. Aus den Schläuchen und Manteln waren die Preise mit Bleistift aufgeschrieben. Weiter entwendete der Einbrecher ein Fahrrad, Marke Columbus.

Weichenbach. Von den Stadtverordneten war wiederholt die Beschaffung von Kartoffeln für Kinderbemittelte angeregt worden. Der Stadtrat will dieser Anregung nachkommen.

Wittenbach. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, von der Einführung der kostenlosen Totenbestattung aus finanziellen Gründen Abstand zu nehmen.

Leipzig. Der gestrige Tag sollte im Keilnerstreik die endgültige Entscheidung bringen. Allseitig wurde eine Einigung im Keilnerstreik erwartet, nachdem der sächsische Ministerpräsident Buch und der Leipziger Reichshauptmann Lange persönlich in die Verhandlungen eingegriffen hatten. Der Arbeitgeberverband der Gastwirte hat aber auch gestern den letzten Vermittlungsversuch des Reichshauptmanns abgelehnt. Dieser ging dahin, die Streitenden sollten die Arbeit sofort wieder aufnehmen und sich der Forderung anerkennen lassen. Die Streitfrage über die Beibehaltung der Lohnhöhe sollte einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Dies wurde ebenfalls von den Arbeitgebern glatt abgelehnt, während die Streitenden zustimmten. Eine Verschärfung war infolgedessen bereits eingetreten, als die Streitenden die Bierfabrik, die hier in die bestreikten Gebiete fahren wollten, an der Arbeit verhinderten. Polizei mußte die Ruhe wieder herstellen. In der Versammlung der Arbeitgeber wurde die Behauptung aufgestellt, Interessenten der Frankfurter Messe hätten den streikenden Keilnern große Summen zur Verfügung gestellt, damit der Streik bis über die Leipziger Messe andauere und dieser Weise großer Schaden zugefügt werde. Am Dienstag will Reichshauptmann Lange die Leipziger Bevölkerung aufsuchen, die Fremde soweit möglich ins Haus zu nehmen und zu beschäftigen, falls der Streik bis zur Messe noch nicht beigelegt sei.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. August 1922.

Berliner Pressestimmen.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt: Wenn auch noch so langwierigen und mühsamen Beratungen im engsten Kreise keine Verständigung unter den Entente-mächten zu erzielen war, so ist wohl der Schluss unabwendbar, daß hier Gegenstände vorhanden sind, die überhaupt nicht mehr zu überbrücken sind. Vernunftpolitik auf der einen und Gewaltpolitik auf der anderen Seite. — Der „Tag“ erklärt: Das man leider befürchten muß, daß England seine Handlungsfreiheit nicht dazu benutzen werde, um französischem Zerfall entgegenzutreten mit militärischen Mitteln entgegenzutreten. Aus diesem Grunde müssen wir auf Schlimmes gefaßt sein. Darum fort mit allem inneren Haber und aller Uneinigkeit. Beigt, daß wir nicht willens sind, unsere Freiheit zum Opfer zu bringen. Deutschland über alles. — Der „Vorwärts“ meint: Entscheidend ist, daß Frankreich wohl durch seine militärischen Machtmittel in der Lage ist, sogenannte Sanktionen zu ergreifen, daß es aber nicht in der Lage ist, wirksame wirtschaftliche Zwangsmassnahmen allein durchzuführen. — Die „Germania“ möchte wissen, ob denn Herr Poincaré, der immer noch bei Deutschland den guten Willen zu vermessen vorgibt, glaubt, daß für ihn und seine Politik die Naturgesetze sich wandeln würden, daß seine Drahtsaat in Deutschland Lämmern erzeugen könnte. — Das „Berliner Tageblatt“ urteilt: Heute hat Lloyd George, falls es wirklich zum Bruch der Entente, der noch nicht das selbe ist wie der Bruch der Konferenz, kommt, eine viel stärkere Popularität als nach Genä. Aber trotzdem darf man nicht die ungeborenen Rückwirkungen unterschätzen, die es auf die öffentliche Meinung in England haben wird, wenn sie sieht, daß das lange befürchtete aber niemals ernstlich geglaubte „Bund der Weltlichkeit“ wird. — Die „Vossische Zeitung“ betont, für Deutschland steht nur das eine fest, daß wir heute weniger denn je zahlen können. Niemand wird heute zu prophezeien wagen, zu welchen schwerwiegenden Schritten sich französischer Zerfall in der nächsten Zeit verleiten lassen wird. Das deutsche Volk ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit. Es darf für die Regierung kein Zurück mehr geben. — In der „Täglichen Rundschau“ wird gesagt: Wenn Mitteleuropa zu einem Armenhaus wird, dann wehe Ost- und Westeuropa. Lloyd George wollte wieder einmal fair gegen Deutschland sein, aber das Niveau der Unterhaltung sank tiefer und tiefer und dann — kam Dester-

reich. — Die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für verfehlt, aus einer Trennung unserer ehemaligen Kriegsgegner nur Nachteile für uns erblicken zu wollen. Dieser Dornenweg müsse zur Rettung führen, wenn Deutschland endlich einmal die Fesseln der Zeit verwerfe. — Die „Mitt.-Verghau“ schließt ihren Kommentar: Die Krise kann nur gelöst werden, wenn die Arbeiterklasse entschlossen die Bourgeoisie zwingt, den Preis, der von ihr verlangt wird, zu zahlen. — Die „Deutsche Zeitung“ erklärt bündig: Wir dürfen uns jedenfalls nicht hänge machen lassen — es wird nicht gezahlt und damit Schluss!

Die Gerhart Hauptmann-Festspiele.

Breslau. Die Gerhart Hauptmann-Festspiele fanden Montagabend mit der Aufführung der „Weber“ und der „Verfluchten Glocke“ ihre Fortsetzung. In der Jahrhunderthalle folgte ein fast ausverkauftes Haus mit stellenweise sehr starkem Beifall der Aufführung der „Weber“. Zum Schluss bereitete das begeisterte Publikum dem Dichter große Ovationen. Im Lobetheater ging Montagabend die „Verfluchte Glocke“ in einer bis ins Kleinste gelungenen Aufführung in Szene. Der Beifall des ausverkauften Hauses nach jedem Akt war kühlisch. Gerhart Hauptmann wohnte der Aufführung bis zum Schluss bei. Nach dem dritten Akt erschien der Dichter auf der Bühne und nahm inmitten der Mitspielenden den Dank des begeisterten Publikums entgegen.

Gerüchte über einen monarchistischen Putsch in Wien.

Wien. Der Parlamentskorrespondenz zufolge hat die Polizei den Präsidenten der österreichischen Staatspartei Rouno Dounigg auf Grund von Gerüchten verhaftet, nach denen Dounigg für Dienstag oder Mittwoch einen monarchistischen Putsch in Wien plane und die Besetzung der wichtigsten Staatsgebäude sowie die Internierung der republikanischen Führer beabsichtige. Da positive Anhaltspunkte hierfür nicht gefunden wurden, wurde Dounigg nach dem Verhör wieder entlassen.

Erklärungen Poincarés.

Paris. Poincaré empfing gestern Abend die Vertreter der Presse und erklärte ihnen: Ich glaube nicht, daß jemand die französische Delegation anklagen wird, sie habe es im Laufe der letzten zehnjährigen Beratungen an Gehuld festhalten lassen. Keiner unserer Vorschläge ist angenommen worden. Unser Recht in der Reparationsfrage ist unantastbar. Die vier Frankreich sind bekannt; sie führen nicht nur von den von Feinde begangenen Verwüthungen, sondern auch von denen her, die wir und unsere Alliierten begangen mühten, um die Angreifer zurückzuwerfen. Nichtsdestoweniger und obwohl man die Bedeutung unserer Forderungen anerkennen mühte, wollte man diese Priorität, auf die wir ein Anrecht zu haben glauben, nicht anerkennen. Als wir im Mai 1921 den Zahlungsplan annahm, hofften wir, sein weiteres Entgegenkommen mehr bezeugen zu müssen. Seit dieser Zeit hat sich Deutschland nicht nur dem Zahlungsplan entzogen, sondern auch den Beweis geliefert, daß es die systematische Entwertung der Mark verfolgt. Ich erinnere nur daran, daß es der Fischehollowakei eine Anleihe von vier Milliarden Mark angeboten hat, was übrigens Genuß zurückwies. Es hat Banken in Dänemark, Rumänien und Holland gegründet mit der Absicht, den Verkauf der Mark im Ausland zu erleichtern, sobald die Preise im Innern Deutschlands steigen würden. Andererseits hat Deutschland seine auswärtigen Schulden, und die innere Schuld wird geringer in dem Maße, wie die Mark fällt, während Frankreich und England die Last ihrer ungeheuren Schuld tragen müssen. Mit einem Worte: Deutschland verfolgt mit Beharrlichkeit eine Politik, die ihm gestattet, vor den Augen Europas Bankrott zu machen und so eine neue Verabreichung des Zahlungsplanes zu erlangen. Unzweifelhaft ruiniert das Reich seinen Kredit; aber es hat die Alliierten gebeten, eine innere Anleihe zu begründen, die ihm seinen Kredit wiedergäbe. Deutschland hat außerdem gebeten, daß die erste Kreditoperation, die man ihm ermöglichen, ohne Zwang und ohne Pfand erfolge. Wenn nun diese Kreditoperation etwa 20 Milliarden Mark für die Reparation ergeben sollte, so würde Deutschland annehmen, daß es genug bezahlt habe. Seine Lage würde also dann besser sein als die der streikenden Nationen; denn es hätte nur eine schwache innere Schuld, während seine Industrie sich in voller Tätigkeit befände. Es würde alsdann den Staaten der Alliierten die Hegemonie in der Welt wieder abnehmen, die die Alliierten ihm entreissen haben. Das ist der deutsche Plan.

Poincaré sprach dann von der Note Dallon und von seiner Absicht, eine gemeinsame Regelung aller aus dem Kriege überkommenen Schulden vorzuschlagen. Auch gestern sei er bereit gewesen, diese gemeinsame Regelung vorzuschlagen; sie sei aber unannehmlich wegen des englischen Widerstandes unzulässig. Wir wollten alsdann, fuhr Poincaré fort, daß die Reparationskommission eine beschleunigte Vernehmung Deutschlands feststelle; aber wir wurden daran durch die von der englischen Regierung ergriffenen Initiative gehindert, die, ohne uns vorher verständigt zu haben, erklärte, es sei unerlässlich, ein Moratorium zu bewilligen. Ich beziehe mich, hinzuzufügen, daß wir der Ansicht sind, daß diese Initiative freundschaftlich ist, daß sie aber die Entente in Gefahr brachte. Die britische Regierung hat übrigens eine gleiche Initiative dadurch ergriffen, daß sie erklärte, sie unterstütze das Verlangen Deutschlands, in den Wärfenfund aufgenommen zu werden. Da nun England angesichts des Moratoriums diesen Standpunkt einnahm, bekanden wir uns einer Tatsache gegenüber und erklärten deshalb, daß Moratorium sei eine negative Maßnahme, und wir könnten ohne sichere und effektive Kontrolle nur etwas Steriles, in der Folge Präzises unternehmen. Was hat man uns an? Eine Prozente Abgabe vom deutschen Export und Zoll-einnahmen. Damit konnten wir uns nicht begnügen, weil es sich um eine Maßnahme handelt, die schon im letzten Jahre ergriffen worden war, und weil die Haltung der englischen Regierung sich unwesentlich aufrechterhalten ließ, als das englische Kabinett die Verantwortung Deutschlands anerkannte, was aus dem Vorwort zu den zehn Vorschlägen Lloyd Georges hervorgeht, in dem es heißt: Die der deutschen Regierung in den Zahlungsplan vom Mai 1921 auferlegten Zahlungsverpflichtungen sind nicht erfüllt worden. Die Darzahlungen wurden nur 1921 an den festgesetzten Terminen vollzogen. Die deutsche Regierung teilt nun mit, daß sie unfähig sei, die für 1922, 1923 und 1924 herabgesetzten Zahlungen zu leisten. Die Kohlen- und Holzlieferungen wurden nicht vollkommen ausgeführt. Die deutsche Regierung hat seit dem Wärfenfund ihre Budget dadurch ausgeglichen, daß sie Schatzbonnen ausgab und die Zahlungen durch Erhöhung des Notenumschlags bemerksmäßigte, aber dadurch die Mark entwertete und ihren Goldwert zerstörte. In gleicher Zeit hat sie große Summen für Unterhaltungen ausgegeben und erst jüngst Maßnahmen getroffen, um dieses Regime zu befestigen. (Fortsetzung folgt.)

Zum Abbruch der Londoner Konferenz.

London. (Neuer). Die amtliche Mitteilung über den Erfolg der Konferenz ist die Stellung erkennen, in der der Abbruch erfolgte. Lloyd George erklärte in der Versammlung gestern früh, Großbritannien sei gewillt, erstens den italienischen Vorschlag bei Vertagung der Konferenz bis zum Ende des Jahres anzunehmen, zweitens die Frage des Moratoriums der Reparationskommission zur Entscheidung zu überlassen, drittens zuzustimmen, daß die bereits vom Garantien-

Garantien sofort angewendet würden, viertens von den ältesten Schuldnern bis zur nächsten Konferenz am Ende des Jahres keine Zinsen zu fordern. Die britischen Vorschläge wurden von sämtlichen Mitgliedern mit Ausnahme von Frankreich angenommen. Poincaré erklärte, zu seinem großen Bedauern könne er dies nicht annehmen. Frankreich nehme den Standpunkt ein, daß ohne neue Garantien Deutschlands ein Moratorium nicht gewährt werden könne. Lloyd George erwiderte, er könne der Vertagung der Konferenz ohne Moratorium nicht zustimmen. Die Konferenz habe neue Garantien in der Annahme erörtert, daß ein Moratorium notwendig sei. Es scheint möglich, sich für die Vertagung zu entscheiden, während ein Moratorium vollkommen ausgeschlossen sei. Lloyd George betonte, Großbritannien möge die von den französischen Vertretern vorgeschlagenen neuen Garantien nicht aus irgendwelcher Rücksicht für Deutschland, sondern weil es überzeugt sei, daß diese Garantien ihren Zweck nicht erfüllen würden.

Die nächste Konferenz.

London. Lloyd George hat der französischen und der italienischen Delegation erklärt, Sir Robert Horne werde Washington besuchen und Botschaften bezüglich der Konsolidierung der englischen Schulden führen und nach seiner Rückkehr nach England werde er eine allgemeine Konferenz zur Beseitigung der Kriegsschulden einberufen, an der Amerika hofentlich teilnehmen werde. Diese Konferenz werde voraussichtlich Ende November stattfinden.

Der Fall Gagner.

Eine amtliche deutsche Darstellung.

In Belgien sind kürzlich die beiden ehemaligen deutschen Offiziere Freiherr Rudolf v. Gagner und Prinz zu Stolberg-Köhl in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden unter der Anklage, am 25. Mai 1915 den belgischen Baron d'Udekem ermordet zu haben. Zur Aufklärung des Falles werden jetzt die deutschen Akten zu der Angelegenheit veröffentlicht. Danach ist von deutscher Seite der Mittäter Freiherr von Gagner am 7. Juni 1916 durch Urteil des Reichsgerichts zu Brüssel wegen Totschlags und wegen Meinerts wegen des Verbrechens zur Entfernung aus dem Heere und 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Zugleich ist gegen den Leutnant Prinz zu Stolberg-Köhl wegen Beihilfe zum Totschlag mit tödlichem Erfolge auf 6 Monate Festungshaft erkannt worden.

Aus den vorliegenden Akten wird klar, daß tatsächlich v. Gagner den Baron d'Udekem getötet hat, nachdem er ihn durch den Prinzen Stolberg unter einem betäubenden Vorwand aus seiner Wohnung in ein Gehölz gelockt hatte. Der Grund zur Tat war ein Liebesverhältnis v. Gagners mit der Baronin d'Udekem. Aus diesem Liebesverhältnis erwuchs der Plan, den Baron zu beseitigen, da auf andere Weise eine Lösung der Ehe nicht möglich schien. Die Tötung des Barons ging unter Formen vor sich, die einen Zweikampf darstellen sollten, der sich aber in Wirklichkeit nur als Farce erwies. Am 24. Mai fuhren die Verurteilten im Auto nach Brüssel und von dort am 25. frühmorgens in der Richtung auf Brügge weiter. Gagner hatte schon aus dem Quartier zwei Prinzen mitgenommen, deren Vorhandensein dem Prinzen Stolberg zunächst nicht bekannt gewesen sein soll. In einiger Entfernung von dem Gehölz ließ Gagner an einem Gehölz halten. Beide Verurteilte gingen in den Wald hinein, und Gagner suchte im Besitz des Prinzen einen „Kampfsitz“ aus. Der Prinz, der bei früheren Andeutungen Gagners erklärt hatte, daß er jegliche Beteiligung an einem Duell ablehnen würde, verlangte nunmehr seine Mitwirkung nicht. Gagner wies den Prinzen an, den Baron, während er selbst im Auto warten wollte, unter dem Vorwand, daß er zu einer Konferenz nach Tielde kommen sollte, ins Auto zu holen. Das Auto fuhr zum Schloß, wo es gegen 8 Uhr morgens eintraf; der Prinz handelte der Anweisung Gagners gemäß, und der Baron lebte sich ohne Bedenken zu Gagner ins Auto, während Prinz Stolberg neben dem

Chauffeur Platz nahm. Auf der Fahrt zu dem Gehölz erklärte Gagner dem Baron, es müsse zwischen ihnen ein Duell stattfinden; er beantragte dies damit, daß der Baron entgegen seiner Zusage Waffen in seinem Schloß verborgen und ihn — Gagner — so zur Auslösung einer solchen dienlichen Bescheinigung veranlaßt hätte. Der Baron lehnte den Zweikampf ab. Er stieg aber mit den Verurteilten an dem Gehölz aus dem Auto und ging hinter den beiden in den Wald. Nach der Angabe des Prinzen Stolberg ließ sich Gagner auf dem Kampfsitz den geladenen Revolver des Prinzen geben und handelte ihn, wahrlich nicht ertüchert, dem Baron aus. Der Prinz entfernte sich dann in der Richtung auf das Auto, um eine mögliche Eilung zu verhindern.

Nach der Behauptung Gagners hat sich das Weitere in folgender Weise abgepielt: Er habe dem Baron erklärt, sie müßten sich auf Tod und Leben schießen, der Baron könne zuerst schießen. Er habe sich in etwa 15 Schritten Entfernung vom Baron aufgestellt und ihn aufgefordert, zu schießen. Der Baron habe nicht geantwortet, sei wieder aufstehen, habe aber nicht geschossen. Darauf habe er — Gagner — erklärt, wenn der Baron nicht schießen wolle, so werde er bis drei zählen und dann schießen. Auf den Schuß hin lehnte der Prinz zurück und fand den Baron mit einer Schußwunde in der Brust scheinend leblos am Boden liegend vor, neben ihm lebend Gagner. Gagner beauftragte den Prinzen, aus dem Auto die Spaten herbeizuholen. Als der Prinz beim Auto ankam, hörte er einen zweiten Schuß fallen. Gagner behauptet, der Baron sei wieder zum Bewußtsein gekommen, worauf er ihm erklärt habe, sie müßten sich nochmals schießen. Ob der Baron seine Waffe zur Hand genommen habe, wisse er nicht, nehme es jedoch nicht an. Die Sektion ergab das Vorhandensein von zwei Schüssen, von denen der eine nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen unbedingt tödlich, der andere ein lebensgefährlicher Lungenschuß war. Welcher Schuß zuerst abgegeben worden ist, hat sich nicht feststellen lassen. Ein Nachschuß ist nach Ansicht der Sachverständigen leiner der beiden Schüsse gewesen. Gagner und Stolberg graben dann mit den Spaten den Erdschloß ein. Die Leiche wurde im September 1915 durch einen Unfall gefunden. In dem angestrengten Untersuchungsverfahren wurde Gagner, ehe sich der Verdacht gegen ihn verdichtete, eiblich als Zeuge vernommen und machte unter seinem Eide, um jeden Verdacht von sich abzulenken, wissentlich falsche Angaben, die ihm nachher die Verurteilung wegen Mordes eintrugen.

Das deutsche Gericht hat v. Gagner des Totschlags für schuldig befunden. Es wies die Darstellung eines Zweikampfes von sich, verneinte aber die Ueberlegung, weil es zu der Auffassung gelangte, Gagner habe in der Erregung wegen der Begegnung d'Udekems, sich zu duellieren, diesen niederzuschlagen. Das Gericht stellte fest, daß die Tat nahe an einen Mord ansehe, erkannte auf 14 Jahre 6 Monate Zuchthaus gegen v. Gagner und verurteilte diese Strafe mit einer zugleich wegen des Mordes verhängten Zuchthausstrafe zur höchsten zeitigen Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Prinz Stolberg ist nur wegen Beihilfe zum Totschlag bestraft worden, weil angenommen wurde, v. Gagner habe ihn in dem Glauben erhalten, es handle sich wirklich um einen Zweikampf, zumal der Prinz infolge mangelhafter Kenntnis der französischen Sprache den Auswechslungen zwischen Gagner und dem Baron nicht habe folgen können.

Dem Prinzen Stolberg ist durch die Amnestie vom 27. Januar 1917 der nicht verbüßte Rest der Strafe erlassen worden. Er ist im Jahre 1917 schwer verunfallt worden und 1920 in St. Malen gestorben. Gagner, der seit dem 28. März 1916 in Untersuchungshaft war, hat seine Strafe bis zum 16. Januar 1919 im Zuchthaus zu Ruyssch verübt, dann ist er auf Grund der militärischen Amnestie vom 7. Dezember 1918 aus dem Zuchthaus entlassen worden, da diese Amnestie durch Entlassung des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts auf Gagner angewendet wurde.

Die Veröffentlichung schließt mit den Worten: Eine Kritik dieser Amnestierung vermag sich die Reichsregierung. Gagner lebt im Auslande. Die strafrechtliche Verfolgung gegen ihn wieder aufzunehmen, ist angesichts der erfolgten Amnestierung nach den bestehenden Gesetzen unmöglich. Die Reichsregierung ist insofern nur in der Lage, eine rückhaltlose Darstellung des Sachverhalts zu geben. Sie weigert sich mit der Öffentlichkeit des In- und Auslandes in der Beurteilung der unabwehrlichen Tat ein.

Verurteilt.

Mordtaten eines Eittischlerberberbers. In Tilsit wurde die 23-jährige Arbeiterin Frau Wachsuth in einem Kartoffelfeld unweit ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Aufheiner ist an der Frau vorher ein Notzuchtverbrechen begangen worden. Die fünfjährige Stieftochter der Ermordeten ist durch Beiliebe erschlagen aufgefunden worden. Die Wohnung ist teilweise ausgebrannt. Der vermutliche Täter ist der 24-jährige Arbeiter Birkwat.

Fünf Kinder beim Spielen mit Handkapseln verletzt. In Königsberg spielten in einem Hause am Baisenhauseplatz Kinder mit von ihnen auf dem Biometerübungsplatz gefundenen Handkapseln. Es erfolgte eine Explosion, durch die fünf Kinder zum Teil erheblich verletzt wurden.

15 Lokomotiven durch Feuer vernichtet. Aus Vorkland (Maine) wird gemeldet: Durch eine Feuerbrunst wurden 15 Lokomotiven und ein Maschinenhaupen vernichtet. Man vermutet Brandstiftung.

Attentat auf einen Eisenbahnzug. Aus New York wird gemeldet: Bei Bergenfield im Staate New Jersey wurden auf einen Eisenbahnzug drei Bomben geworfen. Die Fenster von drei Wagen wurden zertrümmert und etwa 12 Reisende verletzt.

Wie zu dem Verschwinden wertvoller graphischer Werke aus der Berliner Staatsbibliothek berichtet wird, ist als Verkäufer der bei einem Berliner Antiquar vor einigen Tagen gefundenen zahlreichen graphischen Werke, die zweifellos aus der Staatsbibliothek stammen, ein angeleglicher Legationsrat George de Greif festgestellt worden. Er ist in Eisenberg bei Rassel verhaftet worden. Auf Grund seines Geständnisses ist ein Auffichtsbeamter des Lesesaals der Staatsbibliothek unter dem Verdacht der Mittäterschaft festgenommen. Er wird jedoch aus der Haft entlassen werden, weil ihm nur Unachtsamkeit bei Beobachtung des Lesesaalbereichs vorgeworfen werden kann. Der Wert der Werke, die fast alle aus dem 17. Jahrhundert stammen, betrug mehr als drei Millionen Mark. Der Staatsbibliothek ist es gelungen, 97 Prozent der Beute zurückzuerlangen.

Dresdner Schlachtviehmarkt am 14. August. Auftrieb: 1. Rinder: 188 Ochsen, 134 Bullen, 849 Kalben und Kühe, 2.482 Fäbber, 3.410 Schafe, 4.778 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht. Ochsen: 1.4700 bis 4900, D. 87,25, 2.4400-4600, D. 86,50, 3.3700 bis 4000, D. 82, 4.2800-3400, D. 77,50, Bullen: 1.4600 bis 4800, D. 81, 2.4200-4400, D. 78,25, 3.3600-3900, D. 72,25, 4.2600-3200, D. 68,50, Kalben und Kühe: 1.4700-4900, D. 87,25, 2.4400-4600, D. 86,50, 3.3700 bis 4100, D. 86,50, 4.3000-3600, D. 82,50, 5.2000 bis 2700, D. 69,25, Fäbber: 1.-, 2.6100-6300, D. 100, 3.5600-5800, D. 94,25, 4.5000-5300, D. 93,75, Schafe: 1.5700-5900, D. 116, 2.4800-5400, D. 111,25, 3.2400-4000, D. 84,25, Schweine: 1.8600-8800, D. 112, 2.9000-9200, D. 118,75, 3.8800-8650, D. 112, 4.7800 bis 8100, D. 112, 5.7800-8800, D. 108, D. — Durchschrittspreis pro Pfund. Ausnahmepreise über Notis. Lieferstand: 34 Schafe. Tendenz des Marktes: Rinder, Fäbber und Schweine gut, Schafe langsam.

Fr. Kaufmann sucht sofort möbl. Zimmer.

Offerten erbitet Wabser, Zschilcher Hof.

15- bis 20 000 Mark als 1. Hypothek auf Landgrundstück baldigst gesucht. Angeb. u. BZ 9302 an das Tageblatt Riesa.

Privatbeamter in gesicherter Stellung sucht die Bekanntschaft einer Dame mittl. Alters u. Standes mit gutem Charakter zwecks späterer Verheiratung.

Offerten bitte unter A B postlagernd Otscha.

Wetteres, zuverlässiges Mädchen für den Haushalt für 2 Personen zum 1. Sept. oder später gesucht. Wettinerstraße 31.

Junge Leute d. zur See fahr. schriftl. Aufführung u. Rot. Auskunfts-Damburg 36, Schlichtsch 112, H. 100.

Buchhalter für einige Abendstunden in der Woche gesucht. Angebote unter CZ 9303 an das Tageblatt Riesa.

Einen jüngeren oder älteren unverh. Mann als Schenkenpänner sucht zum sofort. Eintritt. Gausstein, Gausf.

Weißes Flügelhäute v. ver. Riesa, Schulstraße 19.

Küchenherd gemauert, gut erhalten, Herdplatte 121:68, zu verkaufen. Schöne, Münderstr. 26.

Achtung! Lumpen, Papier, Knochen Eisen, Altkupfer, Messing Blei, Zink usw. kauft Alf. Mann, Münderstr. Nr. 1 im Hof, Sonntag 9-12.

Wohltätigkeits-Konzert

des Männergesangsvereins Orpheus (Chor und Vereinsorchester) zum Besten der Klein- und Sozialrentner von Riesa. Freitag, den 18. d. Mts., 8 Uhr abends im Hotel Hofpauer. **m. anshl. Ball.** Karten zu 6 M. im Vorverkauf bei Buchhldr. Blume. Um zahlreichen Besuch bittet Einlass 7 Uhr. der Vorstand.

Gasthof Pausitz.

Mittwoch, den 16. 8. 1922, abends 8 Uhr großes Streich-Konzert. Leitung: E. Dünke. Nach dem Konzert: Feiner Ball. Ergebenst laden ein E. Gastfndern und Rabelle.

Einleggurken.

Morgen trifft eine Ladung feinsten Einleggurken ein und empfiehlt sich. H. Grubbe, Bismarckstr. 35a. Telefon 652.

Hühneraugen werden Sie sicher los durch **Hühneraugen-Lebwohl** Hornhaut auf der Fußsohle befeuchtet **Lebwohl-Ballen-Scheiben**. Kein Verkrüppeln, kein Festsitzen. Strumpf. **Wib. Morik Berg, Bahnhofstr. 13.**

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme und den herrlichen Blumenschmuck beim Beimgange unseres teuren Entschlafenen **Gustav Max Uebigau** sagen wir allen unsern herzlichsten, tiefempfundenen Dank. Boris und Babra, am Begräbnistage 1922. Die trauernden Hinterbliebenen.

Bereinsnachrichten

Kriegerv. „König Albert“. Zur Beeridigung des Kam. Hildebrandt Stellen Mittwoch, 2 Uhr i. Rest. Thiere. Orpheus. Morgen Mittwoch Probe zum Wohlthätig. Konzert. Vollständig. Bücher zurückbringen. Sängerkreis. Heute und Do. Singstunde. **Hilfsv. Sportverein e. V.** Mittwoch Hordenabstg. Übungsabend, Spielfestlegung. Donnerstag und Freitag ab 8 Uhr Toreumbau Schwarzer Blau. Freitag 8.30 Uhr Versammlung, Schlachthof. Verbandsspiele betr. Donnerstag 9 Uhr Barth Schiedsrichterprüfung. Erheben unbedingte erforderlich. (Verbandsspiele betr.) **„Freie Schwimmer“ (Gröbba).** Mittwoch, den 16. 8., abds. 8 Uhr Monatsveramml. i. Schil. Hof, Riesa.

Achtung!

Einer geehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich in Riesa, Hauptstraße 65, bei Herrn Werner, Handagist, eine **Annahmestelle für Herrenfeinwäsche** eingerichtet habe. Ruchlieferung erfolgt innerhalb acht Tagen. Prompte und saubere Bedienung zugesichert. **Mühlberger Motor- Wasch- und Plättanstalt M. Heyne.**

Geschlechtsleiden!

Beherrschendsten, Gpittis, Wasserschlechte, Weichheit von den Geschlechtern, keine Entzündung, keine Anschwellung. Ausdrückliche Versicherung, daß alle Krankheiten vollständig und ohne Schaden in kürzester, rascher gegen 6 Mark auch in Wochen für Trogel-Verfahren. **Dr. med. H. Seemann G. m. b. H.** Sommerfeld 141. Box. Frankfurt a/O. Spezialärztliche Leitung.

Stelle von Donnerstag, d. 17. d. M., ab einen größeren Transport junge bayrische **Zugochsen** sowie prima Stiere zu möglichst billigen Preisen zum Verkauf. Nehme auch Schlachtvieh mit in Zahlung. **Emil Gmrich, Wasten.** Telefon Nr. 217.

Kühne's

Telefon Otscha 224 - Zugverbindung Riesa-Otscha - Größtes Familien- und Ball-Local. - Jeden Sonntag seine Tanzmusik vom Stadtorchester. - Intimer Tanzliedenbetrieb. Ergebenst Max Kühne. Von Mittwoch, den 16. August d. J. ab kostet die Vollmilch im Kleinverkauf: Als Labengeschäft u. Wagen Mt. 16.- per Liter, ab Hof des Erzeugers Mt. 15.- per Liter. Die Mager- und Buttermilch kostet ab Labengeschäft Mt. 8.- per Liter. **Molkereigenossenschaft Riesa. Rittergut Promnitz. Milchproduzenten Riesa.**

Karbidtrollen

Reine, gut erhaltene Karbidtrollen zu den höchsten Preisen gegen sofortige Bezahlung zurück. **August Schneider, Expedition.** Karbid jeder Normung von Karbid-Böblich jederzeit am Lager.

Schreibmaschine

gut. Voll neu od. geb. gef. Nach. wird geg. Kaffe abgeholt. **E. Mayer, Dresden, Stephanienstraße 88.**

Obst Paul Pfeifer

Fauft jeden Volten zum höchsten Tagespreis. **Paul Pfeifer, Wettinerstr. 29, Tel. 147.** Täglich frische Silbe und Landeier Hauptstraße 18. **Seyfarthen** Einlezer empfiehlt **Baul Götter, Saufg.** Morgen früh frische Seefische. **Clowes Riese.**

Konzerthaus, Altschatz

Telefon Otscha 224 - Zugverbindung Riesa-Otscha - Größtes Familien- und Ball-Local. - Jeden Sonntag seine Tanzmusik vom Stadtorchester. - Intimer Tanzliedenbetrieb. Ergebenst Max Kühne.

H. Schellisch und Nachs

frisch auf Eis. **Ernst Schöler Nachs.** Zur Beeridigung unseres lieben Kameraden, des Ehrenmitgliedes

August Hildebrandt

stellen die Kameraden morgen Mittwoch nachm. 1/2 Uhr bei Kam. Thiere. Angug: schwarz, hoher Gut. Vollständige Beerdigung Ehrenleiche.

Wichler-Zwangs-Jungung Riesa.

Am 13. d. M. verschied nach längerer Krankheit unser Kollege und Ehrenmitglied, Herr **August Hildebrandt.** Die Beeridigung findet Mittwoch nachm. 2 Uhr vom Trauerhause, Goethestraße 40, aus statt. Die Beerdigung aller Kollegen ist Ehrenpflicht. **Alfred Steinbach, Vorsitzender.** Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.